



Prof. Dr. Jakob Rösel lehrt Internationale Politik und Entwicklungszusammenarbeit am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock.



Dr. Pierre Gottschlich ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Politik und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock.

## DIE PARLAMENTSWAHLEN IN PAKISTAN 2013 IM HISTORISCHEN KONTEXT

*Jakob Rösel / Pierre Gottschlich*

Am 11. Mai 2013 fanden in Pakistan Parlamentswahlen statt, die eine bedeutende Zäsur in der Geschichte dieses krisengeplagten Landes darstellen: Zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit Pakistans 1947 wurde eine demokratisch legitimierte, zivile Regierung nach Ablauf einer vollen Legislaturperiode durch weitgehend freie und gleiche Wahlen abgelöst. Dieser reguläre, friedliche Machtwechsel gemäß den Spielregeln einer parlamentarischen Demokratie ist eine für Pakistan völlig neue Erfahrung, die mit großen Hoffnungen für die Zukunft verbunden ist. Die Bedeutung dieses bislang einzigartigen Ereignisses wird besonders im Kontext der historischen Entwicklung dieses Kunst-, Rumpf- und Krisenstaates deutlich.

### KUNSTSTAAT UND RUMPFSTAAT

Alles ist erleuchtet – von Geschichte. Dies gilt auch für die aktuellen Konflikte und Gefahrenlagen in und um Pakistan. Ein Resümee der Besonderheiten dieses „unvorhergesehenen“ Staates ist aufschlussreich: Pakistan ist der erste große Sezessionsstaat der Welt, hervorgegangen aus dem ersten großen Akt der Dekolonialisierung – der Unabhängigkeit Britisch-Indiens 1947. Dieser Sezessionsstaat entsteht jedoch unter denkbar ungünstigen Voraussetzungen. Er besteht aus zwei räumlich durch das neu gebildete Indien getrennten, 1.500 Kilometer voneinander entfernten Teilen und wird zudem von den Bevölkerungen im neu markierten „Westpakistan“ und „Ostpakistan“ (Ostbengalen, dem späteren Bangladesch) überwiegend abgelehnt.<sup>1</sup>

1 | David Gilmartin, *Empire and Islam: Punjab and the Making of Pakistan*, London, 1988, 189-224.

Der ungeliebte Staat wird von Anfang an autoritär geführt, zunächst von seinem Gründer Muhammad Ali Jinnah und den zusammen mit ihm aus Indien geflüchteten Politikern der Muslimliga. Diese nennen sich, sentimental und in Analogie zu den Kameraden Mohammeds auf dessen Flucht nach Medina, Pilger (Mohajir). Seit den 1950er Jahren gehen die Mohajir mit der Punjab-Elite – den Magnaten, Militärs, Muslimliga-Politikern und Beamten der bevölkerungsreichen pakistanischen Provinz Punjab – einen Herrschaftsvertrag ein. Aus „Mohajirista“ wird im Westteil Pakistans bis heute ein Punjabistan, das sich allerdings hinter dem übergeordneten Pakistan-Ideal der „Heimstatt aller Muslime Südasiens“ versteckt. Von Anfang an gelten jene 55 Prozent der Bevölkerung, also die Mehrheit, die in Ostpakistan lebt, als zweitrangig. In den Augen der Mohajir (acht Prozent) und der Punjabi (56 Prozent der Bevölkerung Westpakistans) gelten sie nicht als bengalische Muslime, sondern als muslimische Bengalen – und damit als religiös und politisch unzuverlässig. Das legitimiert für die Mohajir-Punjabi-Doppelelite die Verzögerung der Verfassungsverabschiedung und damit das Hintertreiben allgemeiner, geheimer, nationaler Wahlen. Die Beamten- und Militärelite im Westen fürchtet einen Wahlsieg der bengalischen Awami League („Volksliga“). Erst 1956 wird eine Verfassung für Pakistan verabschiedet: Sie gibt dem Westen und Osten jeweils 150 Sitze im Nationalparlament, sichert dadurch ein politisches Patt und erhebt das Militär und die Beamten im Westen zu Schiedsrichtern und Königsmachern. 1958 begnügt sich die Armee nicht mehr mit dieser Rolle. General Ayub Khan übernimmt jetzt durch einen Putsch die ganze Macht. Die Behelfshauptstadt Karatschi an der Küste des Arabischen Meers ist für die Militärs nicht akzeptabel. Sie errichten am Nordrand des Punjab eine neue Hauptstadt, Islamabad („Stätte des Islam“); dort, wo Pakistan am gefährdetsten ist, wo die Armee 75 Prozent ihrer Soldaten rekrutiert und wo bereits die Briten während der Kolonialzeit aus geostrategischen und organisatorischen Gründen das größte Militärquartier und den wichtigsten Eisenbahnknoten errichtet haben.<sup>2</sup>

**Erst 1956 wird eine Verfassung für Pakistan verabschiedet: Sie gibt dem Westen und Osten jeweils 150 Sitze im Nationalparlament und sichert dadurch ein politisches Patt.**

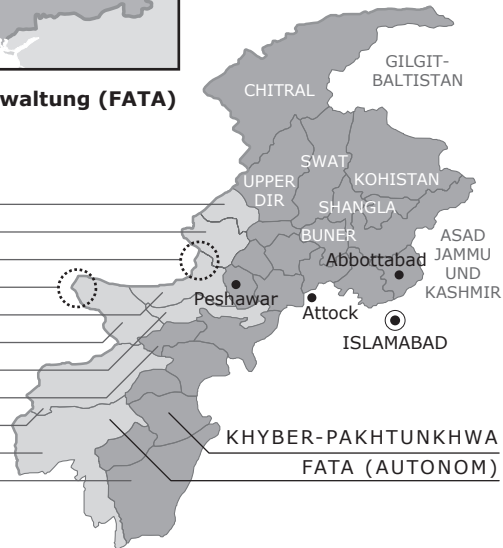
2 | Ayesha Jalal, *The State of Martial Rule: The Origins of Pakistan's Political Economy of Defence*, Lahore, 1999, 136-276; Ayesha Siddiqi, *Military Inc.: Inside Pakistan's Military Economy*, London, 2007, 214-216.

Abb. 1  
**Pakistan**



**Stammesgebiete unter Bundesverwaltung (FATA) und Khyber-Pakhtunkhwa**

- Distrikt BAJAUR AGENCY
- Distrikt MOHMAND AGENCY
- Khyber-Pass*
- Pelwar-Pass*
- Distrikt KHYBER AGENCY
- Distrikt KURRAM AGENCY
- Distrikt ORAKZAI
- Distrikt HANGU
- Distrikt NORD-WAZIRISTAN
- Distrikt SÜD-WAZIRISTAN
- Distrikt DERA ISMAIL KHAN



Diese politische, ethnische und militärische Neuausrichtung wird forciert durch die geostrategischen Zwänge des Kalten Krieges. Die USA bemühen sich im Rahmen der Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion (*Containment*), den bestehenden NATO-

Pakt in Zentral-, Süd- und Südostasien durch einen CENTO- und SEATO-Pakt zu ergänzen. Der Koreakrieg treibt sie dabei zur Eile. Doch das unabhängige Indien strapaziert die Geduld der Regierungen Truman- und Eisenhower. Indiens erster Premier- und Außenminister Jawaharlal Nehru besteht auf einen „mittleren Weg“ Indiens zwischen den beiden Blöcken des Kalten Krieges. Lange vor dem Militärputsch 1958 haben der damalige Verteidigungsminister Ayub Khan sowie führende Punjabi-Militärs und Mohajir-Beamte, allesamt unzufrieden mit den korrupten Regierungen der Muslimliga, die Chancen erkannt, die sich für Pakistans Entwicklung, für seine strategische Stellung und für sein Militär aus Nehrus Weigerung, sich dem westlichen Bündnis anzuschließen, ergeben. Pakistanische und amerikanische Interessen konvergieren. Die militärische, technologische, diplomatische und ökonomische Kooperation mit den USA rettet den Kunststaat und öffnet den Weg für eine bis heute bestehende, weitgehend unberechenbare und sich zunehmend verselbstständigende Zweckallianz.

**Die USA bemühen sich im Rahmen der Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion, den bestehenden NATO-Pakt in Zentral-, Süd- und Südostasien durch einen CENTO- und SEATO-Pakt zu ergänzen.**

Durch den Militärpakt mit Pakistan schließen die USA eine Lücke in ihrer *Containment*-Politik. Sie konsolidieren, rehabilitieren und sanieren fortan den oft genug politisch oder ökonomisch bankrotten pakistanischen Staat und experimentieren mit einer neuen, dem Kalten Krieg angemessenen Strategie – dem Machtausgleich durch *Offshore Balancing*. Mit einem Minimum an politischen und strategischen Risiken glauben sie, das widerspenstige Indien schwächen oder belehren zu können. Die strategische Kooperation ist gut für das Militär und gut für Pakistan – nach Auffassung der Mohajir-Beamten und der Punjabi-Militärs. Die Muslimliga-Politiker gelten als korrupt und delegitimiert – nicht zuletzt aufgrund der immer noch aufgeschobenen allgemeinen nationalen Wahlen. Es verwundert nicht, dass die gleichen Beamten und Militärs sowie die zuvor informierten USA schließlich auch den Militärputsch Ayub Khans 1958 begrüßen. Anfang der 1970er Jahre will das Militär sich von der Herrschaft zurückziehen – nach der Durchführung

erster allgemeiner nationaler Wahlen: Diese Entscheidung führt zum Wahlsieg der ostpakistanischen Awami-Liga und letztlich, mit militärischer Unterstützung durch Indien im indo-pakistanischen Krieg von 1971, zur Sezession des Ostteils und zur Bildung von Bangladesch.

Damit steht der Rumpfstaat Westpakistan vor dem endgültigen Bankrott. Mit dem Wegfall des Ostens fehlt das Gros der Steuereinnahmen. Das Militär ist durch die schmerzhafteste Niederlage gegen Indien diskreditiert. Ein Großteil der Truppen ist in indischer Kriegsgefangenschaft. Nicht zuletzt ist die Ursprungslegende und Lebenslüge Pakistans geplatzt: Ungeachtet der Sprache und Herkunft der Bürger ein Volk von Gleichen und die Heimstatt aller Muslime Südasiens zu sein. Aber: Jede Katastrophe bietet auch Chancen. Zulfikar Ali Bhutto, ehemaliger Außenminister Ayub Khans und Begründer einer neuen politischen Partei, der Pakistan People's Party (Pakistanische Volkspartei, PPP) und jetzt eindeutiger Wahlsieger im Westen, nutzt diese jedoch nur begrenzt. 1973 verabschiedet seine PPP-Regierung die erste genuin demokratische, parlamentarische Verfassung Pakistans. Die Macht liegt beim Premier, also

**1977 erhebt sich Bhuttos Armeechef gegen seinen Dienstherrn. Zia ul-Haq setzt nach einem Putsch alles daran, den populistischen Premier durch ein Militärgericht zum Tode verurteilen zu lassen.**

bei Z. A. Bhutto. Das traumatisierte Militär versucht er unter demokratische Kontrolle zu bringen. Die Regierung ernennt seither einen Armeechef (Chief of Army Staff, COAS). Bhutto entscheidet sich für den unauffälligen Zia ul-Haq. Er erschließt dem bankrot-

ten Staat mit dem saudischen Königshaus neue Finanziers und neue Exportchancen. Das hat seinen politischen Preis. Während Bhutto kleinere politische Konzessionen an den Sunni-Fundamentalismus macht, fördert Saudi-Arabien die Orthodoxie, Koranschulen und den Bau von Moscheen. Die aus dem Staatskollaps resultierende erste demokratische Ära hält jedoch nicht länger als fünf Jahre. 1977 erhebt sich Bhuttos Armeechef gegen seinen Dienstherrn. Zia ul-Haq setzt nach einem Putsch alles daran, den populistischen Premier durch ein Militärgericht zum Tode verurteilen zu lassen. Erst nachdem Bhutto 1979 hingerichtet worden ist, fühlt sich das Militär sicher.<sup>3</sup>

3 | Jakob Rösel, *Pakistan: Kunststaat, Militärstaat und Krisenstaat*, Berlin, 2011, 3-31.

## MILITÄRSTAAT UND NUKLEARSTAAT

Die neuerliche Militärdiktatur ab 1977 setzt endgültig die Rahmenbedingungen, um den Kunststaat in einen Militär- und Nuklearstaat zu verwandeln. Es ist Zia ul-Haq, der die bis heute fortwirkende Islamisierung, Ethnisierung und Militarisierung des Staatswesens einleitet und der hofft, dadurch seine Machtstellung legitimieren und konsolidieren zu können. Die Prozesse geraten jedoch außer Kontrolle und verstärken sich wechselseitig – bis heute. Diese Transformation erhält einen weiteren starken Impuls durch die Bereitschaft Zias, der sowjetischen Afghanistan-Invasion 1979 durch einen von Armee und Geheimdienst gesteuerten Dschihad zu begegnen. Damit werden Afghanistan, die afghanisch-pakistanische Grenzregion und Teile der auf beiden Seiten dominierenden Paschtunen endgültig zu einem fortdauernden internen und externen Sicherheitsproblem.

Die Islamisierung – die Einführung von Scharia-Gerichten, eine Verschärfung der Blasphemiegesetze, religiöse Zugeständnisse in der Wirtschaft (beispielsweise durch *islamic banking*) und eine neue islamische Sozialabgabe (*zakat*) – soll das Militärregime legitimieren. Zia stützt sich dabei auf die bislang bedeutungslose Partei Jamaat-e Islami (Islamische Gemeinschaft, JI). Diese islamistische Kaderorganisation wird zwar nie zu einer Massenpartei, aber sie beeinflusst und radikalisiert von nun an die anderen religiösen Reformorganisationen. Vor allem erhält sie Zutritt zu den Universitäten und Zugriff auf die staatlichen Medien. Noch entscheidender: Die JI knüpft Kontakte zur Armee und zu dem jetzt immer weiter expandierenden Geheimdienst Inter-Services Intelligence (ISI). Eine wachsende Kultur der Intoleranz entsteht. Militante sunnitisch-fundamentalistische Organisationen gehen jetzt verstärkt gegen Häretiker und religiöse Minderheiten vor, wobei vor allem die Schiiten, vermutlich 20 Prozent der Bevölkerung, sich immer blutigeren Angriffen auf ihre Moscheen ausgesetzt sehen.<sup>4</sup>

**Die Partei Jamaat-e Islami knüpft Kontakte zur Armee und zu dem jetzt immer weiter expandierenden Geheimdienst Inter-Services Intelligence. Eine wachsende Kultur der Intoleranz entsteht.**

4 | Anita M. Weiss (Hrsg.), *Islamic Reassertion in Pakistan: The Application of Islamic Laws in a Modern State*, Lahore/Karatschi/Islamabad, 1987.

**Das regionale Wählerklientel der in der südlichen Provinz Sindh dominierenden Bhutto-Familie und ihrer PPP hat es den Mohajir stets verübelt, Karatschi nach der Unabhängigkeit gleichsam „übernommen“ zu haben.**

Diese Islamisierung verbindet sich teilweise mit einer Ethnisierung, also der Bereitschaft Zias und des Geheimdienstes, die „ethnische Karte“ auszuspielen, zunächst gegen die Sindhis. Das regionale Wählerklientel der in

der südlichen Provinz Sindh dominierenden Bhutto-Familie und ihrer PPP hat es den Mohajir stets verübelt, Karatschi nach der Unabhängigkeit gleichsam „übernommen“ zu haben. Nachdem Karatschi seinen Hauptstadtstatus an Islamabad verliert, versucht die Sindh-Elite, die Kontrolle über diesen einzigen großen Hafen- und Industriestandort zurückzugewinnen. Die Urdu sprechende Mohajir-Jugend, eine Bildungselite, hat sich inzwischen radikalisiert. Sie kämpft für einen ungehinderten Zugang zu den Universitäten der Provinz, gegen Quoten und insbesondere gegen die von der PPP geförderte Aufwertung der Provinzsprache Sindh. In dem Konflikt stehen sich nicht nur Volksgruppen, sondern auch Sprachen gegenüber – das von Jinnah zur Staatssprache erhobene, aus Delhi und Nordindien mitgebrachte Urdu gegen die jahrhundertealte Provinz- und Literatursprache Sindh. Schließlich bildet sich, mit Unterstützung der Geheimdienste, eine militante Mohajir-Studentenorganisation, aus der 1984 die erste ethnische Partei der Mohajir, das Mohajir Qaumi Movement (Volksbewegung der Mohajir, MQM), hervorgeht. Die PPP und die Sindh-Mehrheit sehen sich fortan in ihrer eigenen Provinz von einer durch das Militär diskret instrumentalisierten Autonomiebewegung politisch blockiert. Nach dem Tode Zias 1988 darf die MQM den Königsmacher innerhalb der vom Militär wieder zugelassenen Parteiendemokratie spielen – bis zum erneuten Putsch 1999.<sup>5</sup>

Zia und seine Geheimdienste tragen aber auch in Belutschistan und in Paschtunistan, also in der Grenzregion, zur Verschärfung tribaler oder ethnischer Gegensätze bei. Belutschistan war ein von der Kolonialmacht entscheidend erweiterter und konsolidierter Fürstenstaat (Princely State) – das prekäre, mittelalterliche Khanat von Kalat. Der Khan und seine mehr als drei Dutzend Stämme haben kein Interesse an Pakistan. Die riesige, menschenleere Region wird 1948 mithilfe einer Militäroperation dem neuen Staat

5 | Jakob Rösel, „Die Mohajir in Karachi, Pakistan“, in: Katharina Inhetveen (Hrsg.), *Flucht als Politik: Berichte von fünf Kontinenten*, Köln, 2006, 125-162.

zugeschlagen – seitdem bildet Belutschistan fast die Hälfte des Territoriums, aber nur fünf Prozent der Bevölkerung des Kunststaates Pakistan. Die wenigen modernisierten Stammeseliten träumen von einem „Groß-Belutschistan“, das vom Südosten des Iran und Hormus bis zum Indus reichen würde. Bereits unter Bhutto war es zu einem Aufstand gekommen, der mithilfe des pakistanischen Militärs und der Luftwaffe des iranischen Schahs brutal niedergeworfen wurde. Zia, das Militär und der Geheimdienst behandeln die Region nun wie eine besetzte Zone und spielen die einzelnen Stämme und Stammesföderationen gegeneinander aus.<sup>6</sup>

Am riskantesten aber ist die Politik der ethnischen Aufwertung oder Spaltung in der Grenzregion zu Afghanistan, wo diese mit der Islamisierung und Militarisierung des pakistanischen Staates zusammenfällt. Der Ausgangspunkt der Militarisierung ist der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan 1979. Er verschafft dem außenpolitisch weitgehend diskreditierten Zia-Regime über Nacht eine zweite Chance. Indem Zia sich zum Freiheitsverteidiger erklärt, Pakistan zum Frontstaat erhebt und einen anti-sowjetischen Dschihad organisiert, gewinnt er internationales Ansehen, unbegrenzte Wirtschafts- und Militärhilfe sowie Zugang zu Nukleartechnologie. Der Dschihad und diese Rückendeckung von außen beschleunigen die fundamentalistische, ethnisch-politische und militärische Transformation Pakistans. Zia, sein Geheimdienst und die JI ebenso wie die Reagan-Regierung, die CIA und das Haus Saud sind sich einig, dass der Dschihad nicht als konventioneller Volksaufstand organisiert werden kann. Aufgrund der Invasion fliehen überwiegend Tadschiken, Usbeken und Turkmenen nach Westen, in den Iran, und überwiegend Paschtunen nach Osten, nach Pakistan. Das im 19. Jahrhundert unter großer Anstrengung entstandene und befestigte Königreich von Kabul und spätere Afghanistan war von paschtunischen Stämmen gegründet worden und stützte sich vorrangig auf Paschtunen. Die Paschtunen leben, seitdem die britischen Kolonialherren ihre Grenze (die „Durand-Linie“) aus strategischen Gründen mitten

**Der Ausgangspunkt der Militarisierung ist der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan 1979. Er verschafft dem außenpolitisch weitgehend diskreditierten Zia-Regime über Nacht eine zweite Chance.**

6 | Martin Axmann, *Back to the Future: The Khanate of Kalat and the Genesis of Baloch Nationalism 1915-1955*, Oxford/ New York, 2008.



durch die paschtunischen Gebiete legten, auf beiden Seiten der neuen Nordwestgrenze.<sup>7</sup>

Aufgrund des millionenstarken Flüchtlingsstromes leben seit 1980 mehr Paschtunen in der pakistanischen North-West Frontier Province (NWFP, seit 2010 Khyber Pakhtunkhwa) als in Afghanistan. Alle Beteiligten wollen in dieser Situation sicherstellen, dass der anti-sowjetische Dschihad von Pakistan ausgeht, und auf jeden Fall verhindern, dass er vom schiitisch-fundamentalistischen Iran des Ayatollah Khomeini kontrolliert wird. Der Aufstand muss, um den Iran zu kontern, sunnitisch-fundamentalistisch sein. Darüber hinaus sollen die Angehörigen der staatstragenden Bevölkerung, also die Paschtunen, diesen Dschihad dominieren. Für dieses Unterfangen kann sich das jetzt rehabilitierte Zia-Regime genügend Unterstützung sichern, um nicht nur den Dschihad, sondern auch die Islamisierung und Militarisierung des eigenen Staates voranzutreiben. Zia drängt die Reagan-Regierung, zum Zwecke der Geheimhaltung die Finanzhilfen und Waffen für den Dschihad auf sein Militär und seine Geheimdienste zu übertragen. Den USA wird der Einblick in die Waffen- und Geldverteilung systematisch verwehrt. Sicher ist inzwischen, dass das Zia-Regime nicht nur die Mudschaheddin nach seinen Präferenzen, sondern auch das eigene Militär und vor allem die eigene Atomforschung mit Devisen und Waffen versorgt. Die amerikanische und saudi-arabische Unterstützung fördert damit nicht nur einen sunnitisch-fundamentalistischen Dschihad, sie finanziert auch die Islamisierung, den Armeeausbau und die Nuklearforschung Pakistans. Das pakistanische Militärregime kauft Nukleartechnologie illegal im Westen ein, und die Logik des Kalten Krieges zwingt die Reagan-Regierung und die CIA dazu, diese Machenschaften tunlichst zu übersehen oder gegebenenfalls zu leugnen. Bereits vor dem Tode Zias 1988 ist Pakistan, allerdings noch inoffiziell, im Besitz von Atomwaffen.<sup>8</sup> Zugleich hat Zia vollendet, was Ayub Khan begann: Er hat das Militär, also alle drei Waffengattungen, zum wichtigsten Wirtschaftsfaktor Pakistans erhoben – das nahezu undurchschaubare Netzwerk des Military Business

7 | Stephen Rittenberg, „Continuities in Borderland Politics“, in: Ainslie T. Embree (Hrsg.), *Pakistan's Western Borderlands*, Karatschi, 1979, 67-84.

8 | Adrian Levy und Catherine Scott-Clark, *Deception: Pakistan, the United States and the Global Nuclear Weapons Conspiracy*, London, 2007, 51-116.

(„Milbus“) hat Pakistans Militärapparat nunmehr in einen Großkonzern verwandelt.<sup>9</sup>

## CHAOSMACHT UND KRISENSTAAT

Der Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, verbunden mit dem Tode Zia ul-Haqs 1988, lösen beim Militär und bei der Gefolgschaft des Regimes einen Schock aus. Es war absehbar, dass nun an die Stelle amerikanischer Finanzhilfen und Rückendeckung strategisches Desinteresse und Forderungen nach einer Re-Demokratisierung treten würden. Die USA blicken inzwischen nach

Moskau in Richtung Gorbatschow und seiner Politik von Glasnost und Perestroika. Eine pseudo-demokratische Verfassungsmanipulation Zias hilft in dieser Situation den führungslosen Militärs aus der Krise. Zia hatte, um die USA zu besänftigen, 1985 die Verfassung wieder in Kraft gesetzt und mit dem 8. Verfassungszusatz (Art. 58-2b) zugleich radikal umgeschrieben. Dank dieses Artikels liegt nunmehr die entscheidende Macht nicht mehr beim Premier, sondern beim Präsidenten. Dieser kann ohne Angabe von Gründen den Ministerpräsidenten, die Regierung, die Provinzgouverneure und die Verfassungsrichter entlassen sowie eine Interimsregierung zum Zwecke von Neuwahlen installieren. Selbstverständlich war Zia ul-Haq selbst, der Armeechef und amtierende Chief Martial Law Administrator, 1985 Präsident geworden. Nach Zias Tod überträgt das Militär das Präsidentenamt Ghulam Ishaq Khan, einem Mann seines Vertrauens, Zia-Loyalisten und hochrangigen Zivilbeamten. Die Armee kann sich jetzt mehr als zehn Jahre zurückziehen und eine zweite Phase der vordergründigen Zweiparteiendemokratie zulassen. Von 1988 bis 1999 wechseln sich nun die PPP unter der Führung von Benazir Bhutto, der Tochter des hingerichteten früheren Premierministers und Präsidenten Zulfikar Ali Bhutto, und eine Nachfolgeorganisation der Muslimliga, die Pakistan Muslim League, Nawaz (PML-N) unter Führung des aus dem Punjab stammenden Industriemagnaten Nawaz Sharif, jeweils an der Macht ab. Jede dieser Regierungen wird jedoch schon vor Ablauf ihres Mandats vom Präsidenten abgesetzt. Auf die jeweiligen Interimsregierungen folgen Neuwahlen. Dabei entscheidet die vom Militär einst

**Zia hatte 1985 die Verfassung wieder in Kraft gesetzt und mit dem 8. Verfassungszusatz radikal umgeschrieben. Dank dieses Artikels liegt nunmehr die entscheidende Macht nicht mehr beim Premier, sondern beim Präsidenten.**

geförderte MQM zumeist über die Regierungsfähigkeit. Inzwischen ist diese Jugend- und Mohajir-Partei aber jeder Kontrolle entglitten. Sie verwandelt seit 1988 Karatschi in ein Schlachtfeld, führt einen Schatten- und Bandenkrieg gegen ihre urbanen ethnischen Widersacher – Paschtunen, Sindhis und Punjabis – und bringt den Hafen und das Wirtschaftsleben dieser für Pakistan lebenswichtigen Metropole zum Stillstand. Das Militär greift schließlich ein und spaltet bzw. schwächt mithilfe von Todesschwadronen und einer MQM-Abspaltung diese einstige Jugend- und inzwischen Bandenorganisation.<sup>10</sup>

Das Ende des demokratischen Jahrzehnts lässt nicht lange auf sich warten. Der Wahlsieger von 1997, der selbstbewusste Parteichef der siegreichen PML-N, Nawaz Sharif, verfügt jetzt über eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. Er lässt deshalb den 8. Verfassungszusatz Zias streichen – und ergänzt die Verfassung um einen 13. Zusatz. Dem Militär ist jetzt mit dem Wegfall der diktatorischen Vollmachten des Präsidentenamtes die Chance genommen, über einen Präsidenten seines Vertrauens die Regierung indirekt zu kontrollieren. Somit ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis das Militär wieder offen die Macht übernimmt. Die Geschichte wiederholt sich – erst als Tragödie, dann als Farce. Z. A. Bhutto hatte in den 1970er Jahren den scheinbar unverdächtigen Zia ul-Haq zum Armeechef ernannt, Nawaz Sharif befördert nun den jovialen Pervez Musharraf in das Amt. Dieser zettelt jedoch hinter dem Rücken des Premierministers sofort einen bewaffneten Überfall im indischen Kaschmir, den so genannten Kargil-Krieg, an. Nachdem Sharif versucht, den treulosen Musharraf abzusetzen, putscht Ende 1999 das Militär. Immerhin: Nawaz Sharif behält seinen Kopf und wird nur ins saudi-arabische Exil geschickt, Sharifs Konkurrentin Benazir Bhutto geht zwangsweise nach London. Pervez Musharraf ernennt sich jetzt zum Chief Executive of Pakistan und ist, wie Zia, unter amerikanischem Drängen um eine Re-Demokratisierung seines Regimes bemüht. Da dies aber nur mithilfe der Wiedereinführung jener präsidentiellen Vollmachten möglich ist, die Nawaz Sharif zuvor gestrichen hat, führt Musharraf einen entsprechenden Verfassungszusatz wieder ein und ernennt sich zum Präsidenten.

10 | Ann Frotscher, *Banden- und Bürgerkrieg in Karachi*, Baden-Baden, 2005.

Der 11. September 2001 rückt Pakistan nach Jahren des Desinteresses schlagartig wieder ins Zentrum amerikanischer Geostrategie. Einen Tag nach den Terroranschlägen von New York und Washington lässt die US-Regierung Musharraf unmissverständlich wissen, dass er sich zu entscheiden habe: „Ihr seid entweder einhundertprozentig für oder gegen uns [...] Eine Grauzone gibt es nicht.“<sup>11</sup> Der Sturz des Taliban-Regimes in Afghanistan, der jetzt ansteht, die wahrscheinliche Jagd nach flüchtenden Kämpfern der Taliban und al-Qaida und das mögliche Dauerengagement der USA im Nachbarstaat Afghanistan – das alles muss den bislang behäbigen, selbst stilisierten „Vater Pakistans“ in immense Schwierigkeiten bringen. Diese politischen und ideologischen Konflikte und Kosten kann die jetzt anstehende erneuerte Finanzhilfe nicht wettmachen. Sie bewahrt zwar den Staat mehrfach vor dem finanziellen Konkurs, aber die amerikanische Dauerintervention löst Gegenwehr und Konflikte aus, welche die Stabilität und Funktionsfähigkeit von Staat und Gesellschaft untergraben. Vor allem entwickelt sich jetzt der Nordwesten, also die seit jeher unkontrollierte und unkontrollierbare Grenzregion, zum Epizentrum eines fundamentalistischen Aufstands und Terrors, der auf fast alle Regionen, Ebenen und Institutionen des Staates ausstrahlt: Das erste Opfer dieser neuen Lage zwischen amerikanischer Intervention und breiter, nicht nur fundamentalistischer, Reaktion ist Pervez Musharraf selbst. Sechs Jahre nach der zweiten Aufwertung Pakistans zu einem Frontstaat gegenüber Afghanistan kann sich der geschwächte Präsident und Armeechef nicht mehr halten. Er hat den Rückhalt des Militärs verspielt und muss 2007 von seinem Armeeposten zurücktreten. Als Präsident kann er die Dauerkrise Pakistans ohne die Rückendeckung des Militärs nicht lange überstehen. Musharraf wird deshalb auch knapp ein Jahr später, im September 2008, nach demokratischen Wahlen, durch einen zivilen Politiker ersetzt – den Witwer der zuvor ermordeten Benazir Bhutto, den notorisch korrupten „Mister 10 Percent“ Asif Ali Zardari.<sup>12</sup>

**Erstes Opfer der neuen Lage zwischen amerikanischer Intervention und breiter, nicht nur fundamentalistischer, Reaktion ist Pervez Musharraf selbst. Er kann die Dauerkrise ohne Rückendeckung des Militärs nicht lange überstehen.**

11 | Zitiert nach: Owen Bennett Jones, *Pakistan: Eye of the Storm*, New Haven/London, 2002, 2.

12 | Ian Talbot, *Pakistan: A Modern History*, London, 2009, 287-439.

Damit ist eine vorerst letzte, dritte Phase der vordergründigen Demokratisierung eingeleitet, die indes kaum Neues bietet. In dem seit 2008 anhaltenden Machtkampf stehen die Regierungskoalition der PPP und der allgemein verachtete Präsident Zardari gegen die nach wie vor von Nawaz Sharif dominierte PML-N. Das Kräfteparallelogramm wird vervollständigt durch den bereits bei der Schwächung Musharrafs aktiven obersten Verfassungsrichter Iftikhar Chaudhry und das bislang abwartende Militär – repräsentiert durch den seit 2007 amtierenden, neuen Armeechef Ashfaq Parvez Kayani. Dieser auf Islamabad begrenzte Machtkampf wirkt aber zunehmend bedeutungslos gegenüber den Konflikten, Terroranschlägen und Organisationen, die von der Grenzregion inzwischen auf den Gesamtstaat und auf alle Ebenen der Gesellschaft ausstrahlen.

Der anti-sowjetische Dschihad hatte Pakistan ein Waffen-, Drogen- und Fundamentalismusproblem hinterlassen. In der Grenzregion, unter der paschtunischen Bevölkerung und vor allem in den neuen riesigen Flüchtlingsstädten hatten sich diese Probleme und die ihnen inhärenten neuen Verhaltensideale, Gewaltökonomien und kriminellen Organisationen auf besondere Weise eingenistet. Paschtunische Netzwerke und Migranten verbreiteten Waffen, Drogen und islamistische Ideale in allen Großstädten, insbesondere in Karatschi. Hier ist der Mohajir-Aufstand von Anfang an auch ein ethnischer Bürgerkrieg gegen paschtunische Slums, Mafias, Transportunternehmen sowie Drogen- und Waffenhändler um die Kontrolle über Stadt und Hafen. Die vom Militär und der Bhutto-Regierung 1994 initiierte und von Saudi-Arabien und den USA unterstützte Talibaninvasion und -herrschaft in Afghanistan verschärfen die Problemlage an der Grenze. Die Talibanbewegung besteht keineswegs nur aus radikalisierten afghanisch-paschtunischen Flüchtlingskindern. Auch Tausende pakistanischer Jugendlicher der Grenzregion, überwiegend Paschtunen, schließen sich ihr an.<sup>13</sup>

Die unzugängliche, riesige und traditionell anarchische Zone wird jetzt endgültig zum Problem. Geostrategische Ambitionen, verbunden mit dem Wissen um ihre eigene militärische Schwäche, hatten den Briten in der Nordwestregion

13 | Ahmed Rashid, *Taliban: Islam, Oil and the New Great Game in Central Asia*, London/New York, 2002.

ein besonderes Arrangement nahegelegt. Die Grenze wurde weit in Richtung Westen über den Indus und auf die Berggrücken geschoben. Sie verlief deshalb inmitten von paschtunischen Bergstämmen, die keine Macht in 2.000 Jahren jemals dauerhaft besiegt hatte. Das wollte auch das britische Empire nicht und schuf stattdessen zwischen dem Indus und der künstlichen „Durand-Linie“ ein militärisches Aufmarschgebiet, verbunden mit einem exterritorialen Puffer – die North-West Frontier Province (NWFP, seit 2010 Khyber-Pakhtunkhwa) mit der Hauptstadt Peshawar, dem von hier aus direkt kontrollierten Khyber-Pass und dem entscheidenden Indus-Übergang bei Attock.

Jenseits der Indus-Ebene, also auf den Bergen, wurden autonome Stammesgebiete eingerichtet. Seit 1947 sind das die Stammesgebiete unter Bundesverwaltung (Federally Administered Tribal Areas, FATA). Sie werden weiter nördlich noch durch die Stammesgebiete unter Provinzverwaltung (Provincially Administered Tribal Areas, PATA) ergänzt. Die zwei Dutzend Berg- und Kriegerstämme in dieser Autonomiezone verwalten sich selbst, im Rahmen einer selbstregulierten Anarchie. Dafür erhalten die Stammesältesten Pensionen, Waffen für ihre Milizen, Handelsrechte, Weiderechte und Zugang zu den Basar-Zentren im Indus-Tal. Bei Überfällen und Aufständen drohen jedoch im Gegenzug Verbot von „Wasser und Salz“, Aushungern und am Ende kostspielige Strafexpeditionen, bei denen alle Felder und Siedlungen niedergebrannt werden.<sup>14</sup>

**Die zwei Dutzend Berg- und Kriegerstämme in den Stammesgebieten unter Provinzverwaltung sind autonom. Sie erhalten Pensionen, Waffen sowie Handels- und Weiderechte.**

Der Afghanistan-Krieg zerstört dieses 80 Jahre alte Gleichgewicht und Schutzarrangement. In den FATA entstehen Flüchtlingsstädte. Das pakistanische Militär, ISI und JI organisieren hier den Dschihad. Eine neue „Internationale“ des Fundamentalismus entsteht: Mudschaheddin aus vielen arabischen Ländern finden sich ein. Hier stehen aber auch Heroin-Fabriken, mit deren Hilfe die Aufständischen ihren Dschihad via Karatschi finanzieren. Die Stammeshäuptlinge müssen sich jetzt gegen Drogen- und Waffenunternehmer, gegen transnationale terroristische Organisationen wie al-Qaida und bald gegen Taliban beider Seiten behaupten. Die FATA internationalisieren sich – es

14 | Ainslie T. Embree, „Pakistan’s Imperial Legacy“, in: Ainslie T. Embree (Hrsg.), *Pakistan’s Western Borderlands*, Karatschi, 1979, 24-40.

entstehen Internet-Cafés, Waffenfabriken, hochmoderne, von Lehmmauern verdeckte Wohneinheiten mit Hubschrauberlandeplätzen („Helipads“). All das geschieht in unzugänglichen Bergregionen von der Größe der Schweiz, unter einer Bevölkerung von mehr als vier Millionen. Selbstverständlich fliehen Ende 2001 die gestürzten Taliban ebenso wie ihre internationale Klientel in diese Schutzreservate. Widerstandslos können sie zunächst die Stammesältesten und Angehörigen der Stammesräte einschüchtern bzw. töten, dann die Stammesversammlungen unterwandern und die Macht schließlich direkt oder indirekt übernehmen.<sup>15</sup>

Die Taliban reorganisieren sich. Angesichts der Verwandtschafts-, Interessen- und Identitätsverflechtung ist dabei die vom pakistanischen Militär kultivierte Unterscheidung zwischen „pakistanischen“ und „afghanischen“ Taliban eine Begriffsspielerei. Sie dient der Bemäntelung eines Problems, das für das Militär und seit 2008 für die zivile Regierung immer dringlicher wird: Der Sturz des von Pakistan geförderten Taliban-Regimes und die andauernde amerikanische Kriegführung in Afghanistan und an der Grenze bringen Regierung und Militär in Schwierigkeiten – innenpolitisch, religiös und strategisch. Musharraf, das Militär und die PPP-Regierung gelten vielen konservativen und religiösen Kräften als Verräter ihres Landes

**Für die Regierung, für Militär und Punjabi-Elite galt und gilt: Pakistan ist so lange sicher, wie die Paschtunen auf höchster Ebene im Militär und im Staat vertreten sind und solange pro-pakistanische Paschtunen in Kabul herrschen.**

und des Islams. Dies verstärkt den Fundamentalismus und rechtfertigt zunehmend Attacken nicht nur auf religiöse Minderheiten und auf die USA, sondern auch auf Militär und Geheimdienst, die letzten Funktionsgaranten des Krisen- und Nuklearstaates. Entscheidend aber ist die strategische Dimension: Ein „Greater Afghanistan“, ein „Paschtunistan“ bis zum Indus wäre das Ende des Kunst- und Militärstaates Pakistan. Für die Regierung, das Militär und die Punjabi-Elite galt und gilt: Pakistan ist so lange sicher, wie die Paschtunen auf höchster Ebene im Militär und im Staat vertreten sind und pro-pakistanische Paschtunen in Kabul herrschen. Die Kooptation sichert die Loyalität der alles entscheidenden Provinz Khyber Pakhtunkhwa. Nur eine pro-pakistanische Herrschaft in Kabul garantiert, dass eine grenzübergreifende paschtunische Verbrüderung zum Zwecke eines „Greater

15 | Imtiaz Gul, *The Most Dangerous Place: Pakistan's Lawless Frontier*, London, 2010, 11-146.

Afghanistan/Paschtunistan“ unterbleibt und der Erzfeind Indien keinen strategischen oder ökonomischen Zugang zu Afghanistan findet. Pakistans Militär besteht auf „strategischer Tiefe“ gegenüber Indien in Richtung Zentralasien.

Selbstverständlich bleibt die Afghanistanpolitik unter der ausschließlichen Kontrolle der Armee. Bereits lange vor dem Amtsantritt Barack Obamas 2008 hat das Militär über ein Afghanistan nach dem Abzug der US-Truppen und nach der Amtszeit des vom Westen gestützten afghanischen Präsidenten Hamid Karzai nachgedacht. Das pakistanische Militär hat stets gefordert, dass die „afghanischen Taliban“ an einer künftigen Regierung in Kabul beteiligt werden müssen. Diese Parteigänger gilt es unbedingt zu schützen, nicht aber die „pakistanischen Taliban“. Solange ihre Gewalt nur gegen Christen, Hindus, Schiiten und Häretiker gerichtet war, mochte dies angehen. Seitdem aber die Sufi-Schreine der Mehrheit attackiert werden und Fundamentalisten im Norden von Khyber Pakhtunkhwa einen Gottes- und Scharia-Staat errichten wollen, kann das Militär nicht mehr nur zusehen. Spätestens seit selbst Geheimdienstzentralen und Militäreinrichtungen (mit ihren Nuklearwaffen) angegriffen werden, sieht sich der Militärapparat bedroht und in seiner Existenz gefährdet.<sup>16</sup> Das pakistanische Militär rückt jetzt wiederholt, wenn auch zögerlich, in den Süden der FATA ein, wohl wissend, dass es sich nicht mehr auf die Loyalität aller seiner paschtunischen Soldaten verlassen kann. Vor allem verlässt sich das Militär auf die US-amerikanischen Drohnenangriffe – gegen die es, um sein Gesicht zu wahren, anschließend protestiert. Mehr als elf Jahre US-Intervention haben damit das pakistanische Militär und den Geheimdienst in ein unlösbares moralisches und praktisches Dilemma gebracht. Gegen den gegen Kabul und die USA gerichteten Terror will man aus strategischer Zukunftsansatz nicht vorgehen, gegenüber dem Terror gegen Pakistan hat man zu lange gezögert. Man wehrt sich erst, seitdem man selbst angegriffen wird. Diese Attacken

**Das pakistanische Militär rückt jetzt wiederholt, wenn auch zögerlich, in den Süden der FATA ein, wohl wissend, dass es sich nicht mehr auf die Loyalität aller seiner paschtunischen Soldaten verlassen kann.**

16 | Matthew J. Nelson, „Pakistan in 2009: Tackling the Taliban“, in: *Asian Survey* 2010, Bd. 50, Nr. 1, 112-126; Christine C. Fair, „Pakistan in 2010: Flooding, Governmental Inefficiency, and Continued Insurgency“, in: *Asian Survey* 2011, Bd. 51, Nr. 1, 97-110.



zeigen aber, dass die Angreifer – Taliban oder verwandte Organisationen – von innen heraus, von Soldaten, Spitzeln oder Geheimdienstfraktionen, Informationen erhalten. Der Gewaltkomplex strahlt von der Grenze inzwischen auf das ganze Land und bis nach Indien, nach Kaschmir, Mumbai und Delhi, aus. Die für die Attentate und Terroranschläge verantwortlichen Organisationen haben sich vervielfältigt, ständig neu formiert und vor allem: Sie haben sich in vielen Fällen von der einstigen Kontrolle seitens der Armee, des Geheimdienstes oder der JI freigemacht.

Vor mehr als 30 Jahren begann nicht nur der Afghanistan-Konflikt und mit ihm das Einsetzen eines Sunni-Fundamentalismus. Zur selben Zeit begann auch Zia mit der Islamisierung, der Ethnisierung und der Militarisierung des Kunststaates Pakistan. Die Konsequenzen dieser Entwicklung lassen sich am Vorabend der historischen Parlamentswahl 2013 zusammenfassen: Die Islamisierung hat sich unkontrolliert und breitenwirksam zu einer Fundamentalisierung und punktuell zu einer Talibanisierung radikalisiert. Der fundamentalistische Terror richtet sich nicht nur gegen Minderheiten, sondern mehr und mehr gegen den Glauben der Mehrheit – gegen Wallfahrtschreine und „Heiligräber“. Die Ethnisierung der Politik hat sich im Falle des Sindh und Karatschis als dauerhaft erwiesen. Im Großraum Karatschis – 20 Millionen Einwohner, fast zehn Prozent der Landesbevölkerung – zeigt sich seit der Unterdrückung des Mohajir-Aufstandes ein Krieg der ethnischen, kriminellen Kartelle und politischen „Maschinen“: Mohajir versus

Paschtunen versus Sindhis. Das Ganze wird überformt von ethnischen Parteiintrigen und Zweckallianzen zwischen der MQM, der PPP und der PML-N. In Belutschistan haben Angst vor Machtverlust, Ressourcenkonflikte mit Islamabad über die Verteilung der Erdgasein-

nahmen, Stammeskonkurrenz und Sezessionsforderungen zu einem Schattenkrieg geführt. Er wird mit Entführungen, Bombenattentaten und Todesschwadronen ausgetragen und destabilisiert eine geostrategische Zone von der Größe Großbritanniens. Bleibt die Militarisierung: Unter Zia ul-Haq wird sie umfassend und mit wachsender Geschwindigkeit vorangetrieben, ökonomisch, sozial und politisch. Die Militarisierung manifestiert sich in einem militärisch-industriellen Komplex; sie zeigt sich als eine überall präsente

**Die Militarisierung zeigt sich als eine überall präsente Parallelgesellschaft und Gegenwart. Sie beeinflusst nahezu alle außenpolitischen und verdeckt viele innenpolitische Entscheidungsprozesse.**

Parallelgesellschaft und Gegenwelt; sie beeinflusst offen nahezu alle außenpolitischen und verdeckt viele innenpolitische Entscheidungsprozesse. Mit dem Übergang vom Militärstaat zum Krisenstaat ist allerdings ein neues Stadium erreicht: Ethnisierung und Islamisierung kulminieren inzwischen in einem Terror, der die letzten Ordnungsgaranten, Militär und Geheimdienst, schwächt, spaltet und in immer neue Konflikte hineinzieht. Die vom Militär einst geschürte und tolerierte Gewalt richtet sich jetzt gegen die Gesellschaft und den Staatsapparat.

### **RAHMENBEDINGUNGEN DER PARLAMENTSWAHLEN 2013**

Es ist angesichts der skizzierten historischen Lasten und aktuellen Konfliktlagen Pakistans bemerkenswert, dass es 2013 erstmals gelingt, ein wesentliches Kriterium für eine demokratisch verfasste Gesellschaft endlich umzusetzen – den regulären, friedlichen Machtwechsel durch freie Wahlen. Zum ersten Mal hat eine zivile Regierung eine volle Legislaturperiode überstanden und stellt sich nach Ablauf ihrer Amtszeit nun dem Votum der pakistanischen Wähler.

Schon im Vorfeld der Wahlen zeigt sich, dass die Zeit von Pervez Musharraf in Pakistan endgültig vorüber ist. Der ehemalige Militärmachthaber kehrt im März 2013 in einer spektakulären Aktion aus dem Exil in Dubai zurück. Er hat bereits 2010 eine eigene Partei, die All Pakistan Muslim League (APML), gegründet und beabsichtigt nun, bei den anstehenden Parlamentswahlen selbst anzutreten. Zu diesem Zweck bewirbt sich Musharraf in nicht weniger als vier Wahlkreisen offiziell um eine Kandidatur. Alle vier Anträge werden jedoch von der pakistanischen Wahlkommission (Election Commission of Pakistan, ECP) abgelehnt, was von der großen Mehrheit der pakistanischen Bevölkerung unterstützt wird: Laut einer repräsentativen Umfrage von Gallup Pakistan befürworteten knapp zwei Drittel der Befragten die Entscheidung der ECP.<sup>17</sup> Der ehemalige Präsident hat in der Bevölkerung kaum noch Rückhalt. Schlimmer noch: Musharraf wird wegen Vergehen während seiner Herrschaft unter formale Anklage gestellt und darf sein

17 | *Opinion Poll: Rejection of Pervez Musharraf's Electoral Papers*, Gilani Research Foundation/Gallup Pakistan, Pressemitteilung, Islamabad, 02.05.2013. Befragt wurden 2.641 Männer und Frauen in allen pakistanischen Provinzen. Die genaue Frage war: „Former President Pervez Musharraf ▶

Haus nicht verlassen. Seine Partei erringt bei den Wahlen schließlich nur 54.617 Wählerstimmen und damit nur einen einzigen Sitz im Parlament. Musharrafs persönliche Zukunft scheint eher in einem pakistanischen Gerichtssaal als im Büro eines leitenden Landespolitikers zu liegen.

Um die Macht kämpfen andere Akteure, allen voran die führende Kraft der Regierungskoalition, die PPP, und die größte Oppositionspartei, die PML-N. Die PPP kann sich nicht auf die Strahlkraft des zwar aus ihren Reihen stammenden, aber extrem unpopulären Präsidenten Asif Ali Zardari<sup>18</sup> verlassen, sondern präsentiert das frische Gesicht seines Sohnes, des erst 24-jährigen Parteivorsitzenden Bilawal Bhutto Zardari, welcher das politische Erbe seines hingerichteten Großvaters Zulfikar Ali Bhutto und seiner ermordeten Mutter Benazir Bhutto anzutreten gedenkt. Die PML-N kann seit der 18. Verfassungsänderung von 2010 wieder auf ihren unangefochtenen Parteichef Nawaz Sharif als Kandidaten für den Premierministerposten setzen: Durch diesen Verfassungszusatz, der vor allem die Rechte der Provinzen und damit die Dezentralisierung stärkt und das bis dahin semi-präsidentielle politische System Pakistans insgesamt näher an einen ausgewiesenen Parlamentarismus rückt, wird auch die Begrenzung auf zwei Amtszeiten für den Premierminister aufgehoben.<sup>19</sup> Sharif kann daher nach seinen beiden unrühmlichen und wenig erfolgreichen Regierungsperioden 1990 bis 1993 und 1997 bis 1999 nun erneut antreten.

Die besondere Bedeutung dieser beiden pakistanischen „Volksparteien“ PPP und PML-N erklärt sich zum Teil aus den Besonderheiten des Wahlsystems. In Anlehnung an das „Westminster“-Modell der früheren britischen Kolonial-

submitted papers from four constituencies to contest elections. Recently, the Election Commission of Pakistan rejected papers from all four constituencies. Do you support or oppose this decision of ECP? Antworten: „Support“ 64 Prozent, „Oppose“ 27 Prozent, „Don't Know/No Response“ neun Prozent.

18 | Laut einer Umfrage haben 83 Prozent der pakistanischen Bevölkerung eine negative Meinung von ihrem Präsidenten. Riaz Hassan, „Pakistan Elections 2013: Some Countdown Reflections“, *ISAS Brief*, Nr. 278, 10.05.2013, 1.

19 | Philipp Kauppert, „Niederlage für die Regierung, Sieg für die Demokratie: Zu den Parlamentswahlen in Pakistan“, *Perspektive FES Pakistan*, 05/2013, Islamabad/Berlin, 2013, 7.

herren wird in Pakistan nach dem einfachen Mehrheitswahlrecht in Einpersonenwahlkreisen gewählt. Es gibt nur Direktmandate nach dem „First past the post“-Prinzip, wobei es keinen Unterschied macht, ob ein Kandidat seinen Wahlkreis mit einer oder mit zehntausend Wählerstimmen Vorsprung gewinnt. Ein solches Wahlsystem favorisiert große Parteien und führt mitunter zu drastischen Verzerrungseffekten sowie, zumindest in der Theorie, verlässlich zu einem Zweiparteiensystem. Das Mehrheitswahlrecht verschafft also der PPP und der PML-N einen Vorteil und schwächt systematisch kleinere Parteien. Hinzu kommt, dass von den 342 Parlamentssitzen lediglich 272 in freier Wahl vergeben werden. Die übrigen 70 Sitze werden als Quotenmandate für Frauen (60 Sitze) und für Vertreter religiöser Minderheiten (zehn Sitze) gemäß dem Wahlergebnis proportional auf alle Parteien mit einem Stimmenanteil von mehr als fünf Prozent verteilt, was kleinere Parteien noch weiter marginalisiert. Einmal etabliert, ist es oftmals sehr schwierig, eine so gestützte Zweiparteiendominanz zu durchbrechen.

**Das Mehrheitswahlrecht führt mitunter zu drastischen Verzerrungseffekten. Es verschafft der PPP und der PML-N einen Vorteil und schwächt systematisch kleinere Parteien.**

In Pakistan deutet sich aber im Vorfeld der Wahlen 2013 an, dass es einer dritten Kraft gelingen könnte, die PPP/PML-N-Führungsrolle ernsthaft in Frage zu stellen: Der Pakistan Tehreek-e-Insaf (Pakistanische Bewegung für Gerechtigkeit, PTI) des schillernden Parteiführers Imran Khan werden in Meinungsumfragen durchaus Chancen zugesprochen, vielleicht die stärkste Fraktion und möglicherweise sogar den Premierminister zu stellen. Imran Khan ist in Pakistan ein Nationalheld: Als Kapitän führt er die pakistanische Cricket-Nationalmannschaft 1992 zu ihrem ersten und bislang einzigen Weltmeistertitel. Die Verbindung von Celebrity-Kultur und Politik ist in Südasien keineswegs ungewöhnlich, und auch Imran Khan gelingt es, von seiner ungeheuren Popularität als Sportler zu profitieren. Mit seinem Versprechen eines „neuen Pakistan“ macht er sich zur Projektionsfigur einer jungen, urbanen Mittelklasse, die genug von der Politik der etablierten und als hoffnungslos korrupt wahrgenommenen Parteien der Industriemagnaten, Großgrundbesitzer und Feudalherren im Punjab und im Sindh hat. Imran Khans Außenseiter-Status wird hierbei

zu einem Vorteil.<sup>20</sup> Zugleich verspricht der Paschtune Khan, der dem Stamm der Niazi angehört, einen neuen Ansatz für die Lösung der Gewalt- und Terrorprobleme im Nordwesten und kritisiert medien- und massenwirksam den amerikanischen Drohnenkrieg. Nach einem folgenschweren Sturz im Wahlkampf muss Imran Khan den Urnengang jedoch schwerverletzt vom Krankenbett aus verfolgen.



Wahlplakat der PML-N: Die Partei hat mit 125 von 272 Sitzen gegenüber 2008 deutlich zugelegt. | Quelle: Omer Wazir, flickr (CC BY-SA).

Sowohl Nawaz Sharif als auch Imran Khan haben schon früh für den Fall eines Wahlsieges Friedensverhandlungen mit den pakistanischen Taliban angekündigt. Diese in der Tehreek-e-Taliban Pakistan (Bewegung der Taliban in Pakistan, TTP) organisierten Extremisten verspüren jedoch bislang wenig Lust auf eine derartige politische Einbindung. Sie ziehen ein Gesprächsangebot an die Regierung vom Februar 2013 zurück und versuchen stattdessen, die als „unislamisch“ deklarierten Parlamentswahlen durch Anschläge zu unterminieren. Hierbei werden vor allem die vergleichsweise säkularen Parteien ins Visier genommen: Die TTP warnt die pakistanische Bevölkerung ausdrücklich davor, an Kundgebungen der PPP, der Awami National

20 | Shahid Javed Burki, „Pakistan Goes to Polls: Imran Khan’s Tumble and the Youth Surge“, *ISAS Brief*, Nr. 277, 08.05.2013, 1-4.

Party (Awami-Nationalpartei, ANP) und der Muttahida Qaumi Movement (Vereinigte Volksbewegung, MQM<sup>21</sup>) teilzunehmen.<sup>22</sup> Die PPP zieht sich aufgrund von Sicherheitsbedenken fast völlig aus dem öffentlichen Wahlkampf zurück und kommuniziert vor allem über Videobotschaften ihres jungen Vorsitzenden. Am stärksten werden jedoch die vor allem in Khyber Pakhtunkhwa aktive ANP und die MQM in Karatschi getroffen: Auf ihre Wahlkampfbüros werden Bombenanschläge verübt, einige ihrer Wahlkampfhelfer werden getötet.<sup>23</sup> Der Parlamentskandidat Sadiq Zaman Khattak (ANP) wird am 2. Mai 2013 in Karatschi erschossen, was zu einer vorläufigen Aussetzung der Abstimmung in seinem Wahlkreis (NA-254, Karatschi XVI) führt und eine von insgesamt drei Nachwahlen notwendig macht.<sup>24</sup> Die prekäre Sicherheitslage im Vorfeld der Wahlen lässt das Militär in einem „ganzheitlichen Sicherheitskonzept“ (*Integrated Security Arrangement*) verschiedene Eingriffsszenarien durchspielen, sollte es zu einer vollständigen Gewalteskalation kommen.<sup>25</sup> Zudem lassen explizite Drohungen gegen die Wahllokale die Hoffnungen auf eine hohe Wahlbeteiligung schwinden.<sup>26</sup> Beide Befürchtungen bewahrheiten sich jedoch nicht: Das Militär ist nicht gezwungen, einzugreifen, und auch die Wähler lassen sich nicht abschrecken. Die Wahlbeteiligung erreicht mit 55,02 Prozent sogar einen neuen Rekordwert. Die offiziellen Zahlen der Wahlkommission bleiben zwar hinter den ersten, euphorischen Schätzungen von einer Wahlbeteiligung von über 60 Prozent zurück, sind aber dennoch ein deutlicher

21 | Bis 1997 Mohajir Qaumi Movement (Volksbewegung der Mohajir).

22 | Ronny Heine, „Pakistan hat gewählt – und für einen politischen Wechsel gestimmt“, KAS-Länderbericht, 13.05.2013, Islamabad, 2013, 1-2, [http://kas.de/wf/doc/kas\\_34357-1522-1-30.pdf](http://kas.de/wf/doc/kas_34357-1522-1-30.pdf) [23.07.2013].

23 | Kauppert, Fn. 19, 6.

24 | Kristof W. Duwaerts, „Die Wahlen in Pakistan – ein Rückblick“, HSS Politischer Sonderbericht Pakistan, 15.05.2013, Islamabad/München, 2013, 2-3.

25 | Bibhu Prasad Routray, „Poll Position: Securing Pakistan’s Elections“, in: *Jane’s Intelligence Review*, 05/2013, 38-43.

26 | Nach einer repräsentativen Umfrage von Gallup Pakistan ist die Furcht vor Ausschreitungen und Gewalt für Nichtwähler der wichtigste Grund, sich ihres Wahlrechts zu enthalten. Auf die Frage „If there is no chance of you going to vote, what are your reasons?“ antworteten 29 Prozent der Befragten „Threat of riots“. *Opinion Poll: Election Day*, Gilani Research Foundation/Gallup Pakistan, Pressemitteilung, Islamabad, 07.05.2013.

Beleg dafür, dass die Demokratisierung Pakistans wieder einen signifikanten Schritt vorangekommen ist.

Tabelle 1

**Wählerregistrierung und Wahlbeteiligung  
2008 und 2013 im Vergleich<sup>27</sup>**

	Register	Wähler	Beteiligung (in %)	Register	Wähler	Beteiligung (in %)
	2008			2013		
Punjab	44.500.257	21.442.088	48	48.890.007	28.760.265	60
Sindh	19.506.473	8.612.336	44	17.862.681	9.782.599	54
Khyber Pakht.	10.661.212	3.576.523	34	12.268.406	5.476.001	45
Belutschistan	4.365.274	1.367.001	31	3.173.819	1.300.628	43
FATA	1.280.365	397.593	31	1.386.228	508.013	36
Islamabad	482.801	241.531	50	626.383	389.976	62
gesamt	80.796.382	35.637.072	44	84.207.524	46.217.482	55

Insgesamt lassen sich 2013 mehr als 84 Millionen Menschen als Wähler registrieren. Über 46 Millionen von ihnen geben schließlich auch ihre Stimme ab. Die Wahlbeteiligung steigt nicht nur im nationalen Schnitt, sondern auch in allen Provinzen. Allerdings muss hier relativiert werden: Sie bezieht sich lediglich auf zuvor registrierte Wähler und keineswegs auf alle Wahlberechtigten. In der Provinz Sindh und in Belutschistan haben sich weniger Wähler registrieren lassen als bei der letzten nationalen Parlamentswahl vor fünf Jahren. In Belutschistan gehen im Vergleich zu 2008 auch weniger Menschen tatsächlich zur Wahl. Trotz einer wesentlich höheren Wahlbeteiligung von Frauen gibt es nach wie vor ein signifikantes Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern: Unter den registrierten Wählern sind immer noch wesentlich mehr Männer als Frauen. In den Stammesgebieten der FATA haben sich doppelt so viele Männer wie Frauen als Wähler eintragen lassen.<sup>28</sup> Sowohl aus den FATA als auch aus den Provinzen Khyber Pakhtunkhwa und Belutschistan gibt es Berichte,

27 | Vgl. Election Commission of Pakistan (ECP), <http://ecp.gov.pk/VoterStats.aspx> [23.07.2013].

28 | Vgl. ebd.

wonach Frauen zum Teil systematisch an der Ausübung ihres Wahlrechts gehindert und beispielsweise nicht in die Wahllokale gelassen wurden.<sup>29</sup>

## WAHLERGEBNIS UND ANALYSE

Die Wahlen werden zu einem Triumph für die PML-N und Nawaz Sharif. Die PML-N kann nach dem am 22. Mai 2013 bekanntgegebenen offiziellen Endergebnis der pakistanischen Wahlkommission 125 der 272 zur Abstimmung stehenden Sitze auf sich vereinigen und damit gegenüber 2008 deutlich zulegen. Die PPP verliert hingegen massiv und kommt nur noch auf 31 Mandate, bleibt aber zweitstärkste Kraft. Die PML-N holt den Großteil ihrer Sitze in der Heimatregion von Nawaz Sharif, dem Punjab, kann aber gleichzeitig als einzige Partei überhaupt in allen vier Provinzen, in den Stammesgebieten und in der Hauptstadt Islamabad jeweils mindestens ein Mandat gewinnen. Im Punjab wird sie auch für eine vergleichsweise gute Bilanz unter der Regionalregierung des jüngeren Bruders des Parteivorsitzenden, Shahbaz Sharif, während der vergangenen fünf Jahre belohnt. Insbesondere die sichtbaren Verbesserungen in der Infrastruktur des Punjab bringen nun Nawaz Sharif Wählerstimmen.<sup>30</sup>

Die PPP wird im Gegenzug für ihr Versagen auf nationaler Ebene abgestraft und auf das Niveau einer Regionalpartei im Sindh zurückgeworfen.<sup>31</sup> Es ist der PPP-Regierung während der zurückliegenden Legislaturperiode nicht gelungen, die vier dringlichsten innenpolitischen Probleme Pakistans (Stromausfälle, Inflation, Korruption und die Aufstandsbewegungen im Nordwesten und in Belutschistan) effektiv anzugehen. Diese anspruchsvolle Aufgabe obliegt nun dem designierten Premierminister Nawaz Sharif.<sup>32</sup> Allerdings wird es der zukünftige Regierungschef trotz seines überzeugenden Mandats mit einer komplizierten Situation zu tun haben: Die PPP ist nach wie vor Mehrheitspartei im Senat, der zweiten Kammer des pakistanischen Parlaments,

29 | Kauppert, Fn. 19, 4.

30 | Hassan, Fn. 18, 2.

31 | Christian Wagner, „Schwieriges Pakistan“, *SWP Aktuell*, Nr. 30, 05/2013, 2.

32 | Iftekhar Ahmed Chowdhury, „The Reincarnation of Nawaz Sharif: Pakistan’s Deepening Democracy“, *ISAS Brief*, Nr. 279, 13.05.2013, 2.



und kann hier wichtige Gesetzesvorhaben einer PML-N-Regierung voraussichtlich noch bis 2015 blockieren.<sup>33</sup> Zudem werden nach den parallel stattfindenden Regionalwahlen in den vier Provinzen höchst unterschiedliche Koalitionen regieren, was eine Konsensfindung auf nationaler Ebene wesentlich erschweren dürfte.<sup>34</sup>



Anhänger der PTI: Die mit großen Erwartungen in die Wahlen gegangene Partei um Imran Khan kann die selbstgesteckten Ziele nur teilweise erreichen. | Quelle: Musti Mohsin, flickr (CC BY-ND).

Tabelle 2

**Wahlergebnisse zur Nationalversammlung nach Provinzen<sup>35</sup>**

Partei	Sitze	PJB	SIN	KPK	BLS	FATA	ISB
Pakistan Muslim League, Nawaz (PML-N)	125	117	1	4	1	1	1
Pakistan People's Party (PPP)	31	2	29	0	0	0	0
Pakistan Tehreek-e-Insaf (PTI)	28	8	1	17	0	1	1
Muttahida Qaumi Movement (MQM)	18	0	18	0	0	0	0
Jamiat-e Ulama-ye Islam, Fazal (JUI-F)	10	0	0	6	3	1	0
Pakistan Muslim League, Funct. (PML-F)	5	0	5	0	0	0	0

33 | Duwaerts, Fn. 24, 3 f.

34 | Wagner, Fn. 31, 1.

35 | Vgl. ECP (Stand: 22.05.2013). PJB = Punjab, SIN = Sindh, KPK = Khyber Pakhtunkhwa, BLS = Belutschistan, FATA = Federally Administered Tribal Areas, ISB = Islamabad (Federal Capital).

<b>Partei</b>	<b>Sitze</b>	<b>PJB</b>	<b>SIN</b>	<b>KPK</b>	<b>BLS</b>	<b>FATA</b>	<b>ISB</b>
Jamaat-e Islami (JI)	3	0	0	3	0	0	0
Pakhtunkhwa Milli Awami Party (PMAP)	3	0	0	0	3	0	0
National People's Party (NPP)	2	0	2	0	0	0	0
Pakistan Muslim League, Qaid (PML-Q)	2	2	0	0	0	0	0
Awami National Party (ANP)	1	0	0	1	0	0	0
Balochistan National Party (BNP)	1	0	0	0	1	0	0
Qaumi Watan Party (QWP)	1	0	0	1	0	0	0
Pakistan Muslim League, Zia (PML-Z)	1	1	0	0	0	0	0
National Party (NP)	1	0	0	0	1	0	0
Awami Muslim League Pakistan (AMLPL)	1	1	0	0	0	0	0
Awami Jamhuri Ittehad Pakistan (AJIP)	1	0	0	1	0	0	0
All Pakistan Muslim League (APML)	1	0	0	1	0	0	0
Unabhängige	28	16	1	1	4	6	0
zusammen	263	147	57	35	13	9	2
Wahlergebnis zurückgehalten	1	0	0	0	1	0	0
Nachwahl	3	1	1	0	0	1	0
Neuauszählung	5	0	3	0	0	2	0
gesamt	272	148	61	35	14	12	2

Die mit großen Erwartungen in die Wahlen gegangene PTI um Imran Khan kann die selbstgesteckten Ziele nicht ganz erreichen: Zwar kommt sie nach dem Wahlboykott vor fünf Jahren aus dem Stand auf 28 Mandate und feiert damit unbestritten einen Erfolg, sie bleibt aber hinter der unpopulären PPP zurück. Imran Khan selbst muss sich von allen Gedankenspielen bezüglich des Premierministerpostens zunächst einmal verabschieden. Die Mohajir-Partei MQM gewinnt als viertstärkste Kraft 18 Sitze, davon 16 allein in Karatschi, ihrer traditionellen Hochburg. Wie schon in früheren Wahlen, so spielen auch 2013 die islamistischen Parteien JI und Jamiat-e Ulama-ye Islam unter Führung von Fazal ur-Rahman (Gemeinschaft islamischer Gelehrter, JUI-F) mit zusammen 13 Abgeordneten auf

nationaler Ebene keine entscheidende Rolle. Die JI hatte die letzten Wahlen boykottiert, die 2008 angetretene JIU-F kann sich in der Wählergunst leicht verbessern. Die säkulare ANP hingegen verliert, nicht zuletzt geschwächt durch die massiven gewaltsamen Attacken im Wahlkampf, deutlich und büßt bis auf einen Sitz sämtliche Mandate ein.

Unter den Rahmenbedingungen eines klassischen Mehrheitswahlrechts spielen sowohl die Gesamtzahl der Wählerstimmen als auch die nationalen Stimmenanteile einer Partei nur eine untergeordnete Rolle. Nichtsdestotrotz wird der klare Sieg der PML-N auch in dieser Hinsicht nochmals mehr als deutlich. Zudem ist es bemerkenswert, dass die PTI die PPP in der Anzahl der Wähler überholen konnte. Nach diesen drei Akteuren öffnet sich im Bereich der Stimmenzahl eine sehr viel deutlichere Lücke als in der Anzahl der Mandate. Keine andere Partei kommt hier auch nur annähernd an das Mobilisierungspotenzial der nunmehr drei großen Spieler heran.

Tabelle 3

**Wählerstimmen, Stimmenanteile, Mandate und Kandidaturen<sup>36</sup>**

Partei	Wählerstimmen	Stimmenanteil (in %)	Mandate	Kandidaturen
PML-N	14.794.188	32,98	125	220
PTI	7.563.504	16,86	28	232
PPP	6.822.958	15,21	31	226
MQM	2.422.656	5,40	18	205
JUI-F	1.454.907	3,24	10	131
PML-Q	1.405.493	3,13	2	53
PML-F	1.007.761	2,25	5	28
JI	949.394	2,12	3	166
ANP	450.561	1,00	1	58
MDM <sup>37</sup>	359.589	0,80	0	87

36 | Vgl. ebd.; Azam Khan, „Voting Positions: PTI Won More Popular Votes Than PPP“, *The Express Tribune*, 05/2012, 2013.

37 | Parteienbündnis „Muttahida Deeni Mahaz“ (Zusammenschluss verschiedener religiöser Parteien).

Partei	Wählerstimmen	Stimmenanteil (in %)	Mandate	Kandidaturen
PMAP	211.989	0,47	3	30
AMLP	93.051	0,21	1	16
BNP	64.070	0,14	1	12
NP	61.171	0,14	1	10
Sonstige	1.424.527	3,18	6	642
zusammen	39.085.819	87,13	235	2.116
Unabhängige	5.773.494	12,87	28	2.361
gesamt	44.859.3132 <sup>38</sup>	100,00	263 <sup>39</sup>	4.477

### EINORDNUNG DER PARLAMENTSWAHLEN 2013

Wie kann das Wahlergebnis in die Analyse der drei großen Entwicklungstendenzen Islamisierung, Ethnisierung und Militarisierung eingeordnet werden? Die Islamisierung Pakistans schreitet auch unter demokratischen Vorzeichen voran. Die Wahlen haben säkulare und vergleichsweise liberale Kräfte wie die PPP und die ANP empfindlich geschwächt. Dies drückt sich zwar nicht in einer politischen Dominanz der radikalen islamistischen Parteien aus. Dennoch haben konservative und dezidiert religiöse Parteien wie die PML-N und die PTI die Führung übernommen. Es muss davon ausgegangen werden, dass Nawaz Sharif sein Versprechen, Friedensverhandlungen mit den pakistani-schen Taliban aufzunehmen, zeitnah umsetzen wird. Zusammen mit dem nunmehr vor allem in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa einflussreichen und schon lange mit den Islamisten sympathisierenden Imran Khan (der nicht zu Unrecht auch als „Taliban Khan“ oder „Mullah ohne Bart“ bekannt ist<sup>40</sup>) haben sich die Machtgewichte insgesamt deutlich zugunsten religiöser und islamistischer Kräfte verschoben.

38 | Nur gültige und bereits ausgezählte Stimmen. Insgesamt abgegebene Stimmen: 46.217.482.

39 | Ohne Neuauszählungen, Annullierungen und Nachwahlen.

40 | Routray, Fn. 25, 42.

Das Wahlergebnis zeigt auch die Auswirkungen der Ethnisierung und Regionalisierung pakistanischer Politik. Keine Partei, nicht einmal die PML-N, kann auf eine ausgesprochen nationale Gefolgschaft zurückgreifen. Stattdessen haben sich klar abgegrenzte regionale Hochburgen entwickelt, wie ein Blick auf die Wahlergebnisse in

**Die PPP verliert zwar insgesamt deutlich, kann aber trotz ihrer miserablen Regierungsbilanz ihre zentrale Machtbasis, die ländlichen Regionen der Provinz Sindh, relativ problemlos halten.**

den Provinzen zeigt: Die PML-N dominiert wie erwartet den Punjab und gewinnt sowohl bei den nationalen als auch bei den regionalen Wahlen sehr weite Wählerkreise. Die PPP verliert zwar insgesamt deutlich, kann aber trotz ihrer miserablen Regierungsbilanz ihre zentrale Machtbasis, die ländlichen Regionen der Provinz Sindh, relativ problemlos halten. Die Städte im Sindh und hier vor allem Karatschi sind nach wie vor die Domäne der Mohajir und ihrer Partei, der MQM. Beide Parteien, PPP und MQM, stellen nach den Provinzwahlen auch die Regierungskoalition im Sindh. In Khyber Pakhtunkhwa gewinnt die PTI des Paschtunen Imran Khan sowohl bei den Wahlen zur Nationalversammlung als auch bei der Abstimmung zum Provinzparlament jeweils mit Abstand die meisten Sitze, wobei jedoch unklar ist, ob es tatsächlich zu einer Regierungsübernahme einer PTI-Koalition auf Provinzebene kommen wird. In Belutschistan ist die Sache weniger eindeutig: Parallel zu einem verteilten Ergebnis bei den nationalen Wahlen hat hier mit der Pakhtunkhwa Milli Awami Party (Paschtunische Nationale Volkspartei, PMAP) erstmals eine paschtunische Partei knapp die meisten Sitze im Regionalparlament geholt.<sup>41</sup> Insgesamt zeigt sich ein Trend zur Regionalisierung des pakistanischen Parteiensystems.<sup>42</sup> Hierzu passt auch, dass bei den Wahlen zur Nationalversammlung mehr Wähler als 2008 für Kandidaten gestimmt haben, die explizit aus ihrer eigenen „Community“ stammen.<sup>43</sup>

Während die Islamisierung und die Ethnisierung weiterhin bestimmende Faktoren in der pakistanischen Politik bleiben, könnte die Militarisierung leicht zurückgehen und einer weiteren Demokratisierung Raum verschaffen. Das Militär hat sich im Vorfeld der Abstimmung so deutlich wie nie zuvor zu freien Wahlen bekannt.<sup>44</sup> Gemeinsam

41 | Kauppert, Fn. 19, 2 f.

42 | Wagner, Fn. 32, 1 f.

43 | Gilani Research Foundation/Gallup Pakistan, *Opinion Poll: Elections*, Pressemitteilung, Islamabad, 13.05.2013.

44 | Kauppert, Fn. 19, 1.

mit der pakistanischen Wahlkommission (ECP) hat die Armee geholfen, einen weitgehend störungsfreien Ablauf der Parlamentswahlen zu sichern und unkontrollierbare Gewalteskalationen zu verhindern. Insbesondere die enge Zusammenarbeit mit der ECP wird als hoffnungsvolles Signal gedeutet.<sup>45</sup> Armeechef Ashfaq Parvez Kayani hat im Gegensatz zu seinen Amtsvorgängern seine Stimme offen und symbolträchtig in Paradeuniform abgegeben und damit den Wahlen auch nach außen die Unterstützung der Militärführung gegeben.<sup>46</sup> Es bleibt zu hoffen, dass dieses Bekenntnis zur Demokratisierung von Dauer ist. Allerdings gilt es zu bedenken, dass sich die Popularität des Militärs in Pakistan auf einem Allzeittief befindet und der Rückhalt in der pakistanischen Bevölkerung bei Weitem nicht mehr so geschlossen wie in der Vergangenheit ist. Darüber hinaus beanspruchen der noch 2013 anstehende Wechsel an der Armeespitze sowie die laufende Anpassung der Militärdoktrin weg von einer Fokussierung auf den Rivalen Indien und hin zu einer Konzentration auf den „inneren Feind“ die ganze Aufmerksamkeit der Generäle. Ein Putsch ist daher in naher Zukunft eher unwahrscheinlich, obgleich mit Nawaz Sharif der Kandidat gesiegt hat, der die mit Abstand schlechtesten Beziehungen zu einem Militär hat, das ihn schon einmal aus dem Amt geputscht hat. Sollte die Armee sich allem Anschein zum Trotz doch wieder dazu entschließen, die Macht an sich zu reißen, würde sie voraussichtlich erst einmal das (absehbare?) Scheitern der zivilen Regierung abwarten, um dann die nicht unbekanntliche Rolle eines „Retters“ einzunehmen.<sup>47</sup>

**Die Anpassung der Militärdoktrin weg von einer Fokussierung auf Indien und hin zu einer Konzentration auf den „inneren Feind“ beanspruchten die ganze Aufmerksamkeit der Generäle. Ein Putsch ist daher unwahrscheinlich.**

#### **AUSBLICK: KONFLIKTEINDÄMMUNG ODER FRIEDENSPERSPEKTIVEN?**

Krisen bieten auch Chancen. Die Jahre 2013 und 2014 bilden für Pakistan gleichzeitig eine Zäsur und eine Möglichkeit zur internen und externen Deeskalation. In diesem Jahr stehen nach den Parlamentswahlen über ein kompliziertes Wahlkollegium auch noch Präsidentschaftswahlen an. Zudem endet die Amtszeit von Armeechef

45 | Routray, Fn. 25, 40 f.

46 | Chowdhury, Fn. 33, 3.

47 | Routray, Fn. 25, 43.

Kayani, und auch der Oberste Richter Iftikar Chaudhry wird in den Ruhestand gehen. Im nächsten Jahr wird der militärische Rückzug der USA und ihrer Verbündeten aus Afghanistan Realität. Beides kann zur Konflikteindämmung beitragen. Zum ersten Mal in der Geschichte Pakistans hat eine zivile Regierung ihre gesamte Legislaturperiode überstanden. Mit dem anerkannt starken Wahlergebnis im Rücken könnte nun eine stabile und mit einem großen Vertrauensvorschluss versehene PML-N-Regierung gegen die Intrigen eines Militärs im Umbruch und des ISI bestehen. Dies könnte alle Beteiligten daran hindern, in Karatschi oder in Belutschistan die ethnischen, im Gesamtstaat die islamistisch-terroristischen Emotionen, Interessen und Organisationen fördern zu wollen. Der Rückzug der Alliierten aus Afghanistan kann zu dieser Zurückhaltung beitragen, sofern Afghanistan und Pakistan zu einer „partnerschaftlichen“ Kontrolle über die Grenzregion, über die pakistanischen Taliban und über weitere Terrornetzwerke finden. Hierbei könnte nach Auffassung einiger kritischer Beobachter eine Beteiligung der Taliban an der Macht in Kabul unumgänglich werden. Noch ist ein derartiges Szenario vollständig offen, und auch die konkrete Zusammensetzung einer solchen afghanischen Regierung ist nur schwer vorherzusagen. Ob mit oder ohne Beteiligung der Taliban, sie müsste in jedem Fall Pakistan die Sicherheit geben, dass von ihrer Seite fundamentalistischer Terror auf der anderen Seite der Grenze nicht länger unterstützt wird, und darüber hinaus einen Konsens in Bezug auf die nicht-verhandelbaren außenpolitischen Prioritäten Pakistans finden. Ein solcher „Partner“ in Kabul könnte die schlimmsten Ängste des pakistanischen Militärs lindern – vor einem Machtvakuum oder einem „Groß-Paschtunistan“. Im Kontext einer neuen innenpolitischen Stabilität könnte auch unabhängig von den möglichen Entwicklungen in Afghanistan der islamistische Terror in Pakistan zusätzlich eingedämmt werden.

Der bereits spürbare Massenprotest gegen einen pakistanischen Gottesstaat könnte dann gegenüber dem Antiamerikanismus und einer entsprechenden Wertschätzung der Fundamentalisten an Boden gewinnen. Eine solche Konflikteindämmung würde zum inneren und äußeren Frieden gegenüber Minderheiten und Nachbarstaaten beitragen.